



### Presseschau vom 25.02.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Vormittags:

Gefunden auf der VKontakte-Seite der KP der DVR: Um die Informationsblockade zu durchbrechen: Nur die Kommunisten in der Staatsduma der Russischen Föderation stellen immer wieder die Forderung nach Anerkennung der Volksrepubliken durch ihr Land.

*Lug-info.com*: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte heute die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Insbesondere wurde aus Richtung Luganskoje zweimal Kalinowka beschossen. Geschossen wurde mit Panzertechnik sowie automatischen Granatwerfern.

Außerdem haben die Kiewer Truppen mit Panzertechnik aus Richtung Solotoje Marjewka beschossen.

Opfer und Zerstörungen gibt es nicht.

*Dan-news.info*: Die ukrainischen Truppen haben gestern Abend das Feuer auf Nabereshnoje im Süden der DVR eröffnet, in der Folge des Beschusses wurden drei Wohnhäuser beschädigt. Dies teilte der Leiter des Nowoasowskij-Bezirks Oleg Morgun mit.

„Aus dem benachbarten okkupierten Dorf Tschermalyk haben ukrainische Truppen das Dorf Nabereshnoje beschossen. Es wurden drei Häuser beschädigt, eines von ihnen erhielt einen direkten Treffer“, sagte er.

Nach den Worten Morguns gibt es keine Toten oder Verletzten unter der friedlichen Bevölkerung.

De.sputniknews.com: Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat vorgeschlagen, die Wörter der Erklärung des türkischen Präsidenten über den Verlust der Freundschaft zu Russland in die „richtige“ Reihenfolge zu bringen.

Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte zuvor geäußert, die Türkei sei kein Feind des russischen Volkes.

„Schade, dass Russland wegen zweier Piloten einen Freund wie die Türkei verloren hat“, kommentierte Erdogan den Vorfall mit der russischen Su-24.

„Wollen wir nun die Wörter in die Reihenfolge bringen, in der sie stehen sollten: ‘Russland hat wegen der Türkei zwei Piloten verloren’“, schrieb Sacharowa in ihrem offiziellen Facebook-Profil.

Die Beziehungen zwischen Moskau und Ankara hatten sich drastisch verschlechtert, nachdem die Türkei am 24. November 2015 an der syrischen Grenze einen russischen Bomber abgeschossen hatte. Der Kampfjet bombardierte Stellungen der Terrororganisation Daesh (auch Islamischer Staat, IS) in Syrien, als er von einer türkischen Rakete getroffen wurde und auf syrischem Gebiet abstützte. Einer der beiden Piloten kam ums Leben. Der zweite konnte gerettet werden. Beim Rettungseinsatz wurde ein russischer Hubschrauber von Rebellen abgeschossen, ein Pilot kam dabei ums Leben.

kpdnr.su: Am 23. Februar fand auf dem Leninplatz in Donezk eine Kundgebung anlässlich des Tags der Roten Armee und Flotte statt. Organisator der Veranstaltung war die Kommunistische Partei der Donezker Volksrepublik.

„Der 23. Februar wird als Tag der Roten Armee und Flotte begangen. Dieser Feiertag hat eine neue Bedeutung angenommen. Heute wird er „Tag des Verteidigers des Vaterlands“ genannt und unser Vaterland ist die gesamte Rus. Man kann sagen, dass dies ein Feiertag von Alexandr Newskij, Dmitrij Donskij, Dmitrij Posharskij, Alexandr Suworow, Michail Kutusow und aller sowjetischen Heerführer ist. Im Jahr 1928 standen von 150.000 ehemaligen zaristischen Offizieren 73.000 auf der Seite der Roten Armee und nur 35.000 auf der Seite der Weißen Armee. Die, die das arbeitende Volk unterstützten, kämpften gleichzeitig gegen die Zerstückelung Russlands durch ausländische Interventen. Heute verteidigen tausende Milizangehörige des Donbass auch die russische Welt und kämpfen gegen die USA, die NATO und ihre Unterstützer“, sagte der Vorsitzende des ZK der KPDVR Boris Litwinow einem Korrespondenten der Seite „Wperjod“.

Der Vorsitzende des ZK der KPDVR erinnerte daran, dass am 23. Februar 2014 in Donezk am Lenin-Denkmal eine der ersten Kundgebungen gegen den Staatsstreich in Kiew stattfand. Im Grunde war dies der Beginn der Schaffung eines selbständigen Staates auf dem Territorium des Donbass. Boris Litwinow unterstrich auch, dass die Kommunisten die ideologische Konzeption SSSR (Freiheit, Gerechtigkeit, Gewissen, Gleichheit) unterstützen, die das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko zum Ausdruck gebracht hat.

Während der Kundgebung überreichte der Vorsitzende der Donezker Kommunisten Parteibücher und zeichnete Ninel Kosolapow, einen ehemaligen Häftling eines deutschen Konzentrationslagers, mit der Gedenkmedaille des ZK der KPRF „70 Jahre Großer Sieg“ aus. Zum Abschluss der Kundgebung las die junge Dichterin Angelina Karpeko den Anwesenden Gedichte vor. Nach den Reden wurden Blumen am Fuß des Denkmals niedergelegt, woran der Vertreter der SKP-KPSS in der DVR Sergej Prokopenko teilnahm.



[https://scontent.xx.fbcdn.net/hphotos-xtp1/v/t1.0-9/12745511\\_1074136902642777\\_9011802834195951149\\_n.jpg?oh=1cda221e3258dbaa95a39076d34d6f19&oe=5725B488](https://scontent.xx.fbcdn.net/hphotos-xtp1/v/t1.0-9/12745511_1074136902642777_9011802834195951149_n.jpg?oh=1cda221e3258dbaa95a39076d34d6f19&oe=5725B488)

De.sputniknews.com: Die syrische Opposition hat mitgeteilt, die für zwei Wochen verkündete Einstellung der Kampfhandlungen einhalten zu wollen, wie aus einer Erklärung des Hohen Verhandlungskomitees (HNC) hervorgeht.

„Nach Ansicht des Hohen Verhandlungskomitees gibt die auf zwei Wochen befristete Waffenruhe der Gegenpartei die Möglichkeit, die Ernsthaftigkeit ihrer Verpflichtungen zu bestätigen“, zitiert der arabische Nachrichtensender Al-Arabija die Erklärung. Zuvor hatte der syrische Vize-Außenminister Feysal Mikdad mitgeteilt, Damaskus habe „nach gründlichen Konsultationen mit den russischen Freunden“ eine Einstellung der Kampfhandlungen gemäß der Vereinbarung zwischen Moskau und Washington beschlossen. Ihrerseits sagte eine ranghohe Quelle aus den Reihen der gegen die Regierungstruppen vorgehenden Freien syrischen Armee gegenüber RIA Novosti, die Entscheidung, ob auch die Einheiten der Freien syrischen Armee den Waffenstillstand einhalten werden, sei noch nicht getroffen...

Dan-news.info: Ein ukrainischer Scharfschütze hat das Feuer auf das Fahrzeug des leitenden Arztes des Zentralkrankenhauses von Jasinowataja eröffnet. Dies teilte heute die Stadtverwaltung mit.

„Gestern hat ein Scharfschütze die Reifen des privaten Fahrzeugs unseres leitenden Arztes beschossen. Er fuhr aus Donezk nach Jasinowataja gemeinsam mit seiner Familie“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach seinen Worten geschah der Vorfall auf der Straße Jasinowataja-Gorlowka, nicht weit von einem Straßenverkehrspolizeiposten der DVR.

De.sputniknews.com: Kanadas Außenministerium dementiert: Zu letalen Waffen wird mit

Kiew nicht verhandelt

Kanada führt keine Verhandlungen mit der Ukraine über mögliche Lieferungen letaler Waffen, wie Sputniknews mit Verweis auf das Außenministerium des Landes mitteilt.

Zuvor hatte der Pressedienst der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) nach dem Treffen des ukrainischen Vize-Parlamentchefs Andrej Parubij mit der Führung des kanadischen Verteidigungsministeriums mitgeteilt, die Ukraine und Kanada würden eine mögliche Lieferung letaler Waffen an Kiew erörtern.

„Kanada unterstützt weiter die Bemühungen der Ukraine zur Erhaltung der Souveränität, Sicherheit und Stabilität, doch momentan verhandelt Kanada mit der Regierung der Ukraine nicht direkt über eine möglichen Lieferung letaler Waffen“, so ein Sprecher des Außenministeriums.

Kiew hatte den Westen, darunter auch Kanada, regelmäßig um militärische Hilfe ersucht.

Moskau warnte indessen mehrfach vor Waffenlieferplänen an die Ukraine, da dieser Schritt nur zu einer Eskalation des Konflikts im Donbass führen werde. Die meisten europäischen Politiker haben sich gegen Waffenverkäufe an die Ukraine ausgesprochen. So erklärte der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Waffenlieferungen an die Ukraine seien sehr riskant und kontraproduktiv bei der Überwindung der Krise...

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der letzten Nacht das Dorf Shabitschewo und das „Volvo-Zentrum“ am nördlichen Rand von Donezk mit Granatwerfern beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Ukrainische Abteilungen haben einen kurzzeitigen Beschuss von Shabitschewo und dem Volvo-Zentrum durchgeführt. Aber gegen 22:00 wurde der Beschuss mit Granatwerfern wieder aufgenommen und endete gegen 23:30“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Er fügte hinzu, dass der Gegner die frontnahe Zone der Hauptstadt der DVR von den Positionen im okkupierten Peski beschoss.

Ukrinform.ua: Der Ex-Anführer der Freiwilligenbewegung „Rechter Sektor“, Dmytro Jarosch, bereitet einen Vereinigungskongress seiner neuen politischen Kraft für den Mai vor.

Das gab er auf einer Pressekonferenz in Lwiw bekannt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Wir erweitern die Stammbasis unseres Kampfes durch die Zusammenarbeit mit der Union der Offiziere der Ukraine, der Bewegung für die Souveränität und Entwicklung, der Selbstverteidigung von Maidan und Aktivisten, die nach dem Rechten Sektor ihren eigenen Weg gegangen sind. Wir wollen uns mit den erwähnten Kräften vereinen, um das Fundament des Kampfes zu stärken“, sagte Jarosch.

De.sputniknews.com: Jung-Nationalisten ziehen im Fackellicht durch Tallinn

Am Mittwoch hat die Jugendorganisation „Das blaue Erwachen“ der Estnischen Konservativen Volkspartei (EKRE) im Stadtzentrum von Tallinn einen Fackelzug organisiert. Die Veranstaltung in der Hauptstadt Estlands war dem 98. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes gewidmet. Eingeladen waren „alle Patrioten unabhängig von ihren politischen Ansichten“, wie die Zeitung Postimees schrieb.

Der Fackelzug begann am Freiheitsplatz im Herzen Tallins und ging durch die Straßen der Altstadt mit dem Zielpunkt am Denkmal für den Estnischen Freiheitskrieg 1918-1920 nahe des Friedensplatzes. An der Veranstaltung nahmen auch ausländische Gäste teil, beispielsweise Vertreter nationalistischer Jugendorganisationen aus Lettland, Litauen, Polen, Finnland und Schweden.

Derartige Veranstaltungen finden seit mehreren Jahren in Lettland, Litauen und Polen statt. So sind in Polen am 11. November vergangenen Jahres rund 50.000 Menschen am

Unabhängigkeitstag zu einem Umzug zusammengekommen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30807/44/308074481.jpg>

Dnr-online.ru: Heute, am 25. Februar, hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko an der Arbeit des Forums „Starke Gewerkschaften – Hoffnung und Stütze der Republik“ teilgenommen.

Zu Beginn seines Beitrags gratulierte das Republikoberhaupt der Gewerkschaftsföderation der DVR zum ersten Jahrestag ihrer Gründung: „Ich möchte daran erinnern, warum wir den Krieg geführt haben. Wir wollten anders leben, nicht so, wie es früher in der Ukraine war und nicht so, wie jetzt die Menschen dort leben. Die Gewerkschaften sind eines der gesellschaftlichen Leitungsorgane, die in erster Linie verpflichtet sind, sich um die Menschen zu kümmern und ihre Rechte zu verteidigen.

Verehrte Freunde, Sie verteidigen das gesamte Volk. In diesem Jahr haben Sie unter schwersten Bedingungen – unter Kriegsbedingungen – das getan, was in der Ukraine nie getan wurde. Ihre grundlegende Aufgabe ist dafür zu sorgen, dass der Kommunikationskanal zwischen der Regierung und der Gesellschaft direkt und schnell ist, nicht zum Nutzen irgendwelcher Personen, sondern zum Nutzen des ganzen Landes“, sagte das Republikoberhaupt.

**Nachmittags:**

De.sputniknews.com: „Ukraine über alles“: Radikale belagern Oppositionssender in Kiew  
In Kiew belagern Angehörige des rechtsextremen paramilitärischen „Regiments Asow“ den Sitz des regierungskritischen TV-Senders „Inter“. Uniformierte skandieren „Ukraine über alles“ und fordern vom Sender einen Kurswechsel, wie das Nachrichtenportal 112.ua berichtet. Mitarbeiter haben sich im Gebäude verbarrikadiert.

Die „Asow“-Aktivisten werfen dem Sender „Kreml-Zensur“ vor und fordern von ihm eine „objektive“ Berichterstattung. Insbesondere sollen die Auftritte russischer Künstler, die bei ukrainischen Nationalisten als Feinde gelten, aus dem Sendeprogramm gestrichen werden. Die „Asow“-Führung kündigte eine unbefristete Blockade an. Den Berichten zufolge bauen

die eingeschlossenen Mitarbeiter des Senders Barrikaden und ziehen Stacheldraht. Polizisten vor Ort sprechen unterdessen von einer friedlichen Aktion.

„Asow“ ist einer von mehreren Dutzend paramilitärischen Freiwilligen-Verbänden, die im Frühjahr 2014 aufgestellt wurden, um die ukrainische Armee im Kampf gegen die Regierungsgegner in der östlichen Region Donbass militärisch zu unterstützen. Finanziert wird „Asow“ von Oligarch Igor Kolomoiski.

Der TV-Sender Inter gehört dem Oligarchen Dmytro Firtasch. In der Silvesternacht strahlte der Kanal eine Show mit russischen Entertainern und Sängern aus, die von der Regierung in Kiew als unerwünscht eingestuft worden waren. Die Sendung löste in der nationalistischen Szene Empörung aus.

Anfang dieser Woche schob der ukrainische Geheimdienst SBU die ehemalige Inter-Journalistin Maria Stoljarowa ab. Stoljarowa hatte sich in einer Reportage über die Toten des prowestlichen Maidan-Aufstandes bei eingeschaltetem Mikrofon Kraftausdrücke erlaubt.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-02/1456394781\\_1765660.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-02/1456394781_1765660.jpg)

Ukrinform.ua: Die Koordinatoren der regionalen Blockaden russischer Laster haben auf der Hauptversammlung die Errichtung des Allukrainischen Stabs der Transport-Blockade vereinbart.

Dies entnimmt man der Meldung auf der Facebook-Seite der Organisation „Karpatsjka Sitch“. „Die Regierung der Ukraine hat sich am 24. Februar offiziell bereit erklärt, den Transit russischer Laster durch das Territorium der Ukraine schon ab 25. Februar wieder zu gestatten. Ohne Verhandlungen mit dem ukrainischen Volk und Berücksichtigung seiner Ansichten nutzt die Regierung uns, Teilnehmer der Blockade als Trumpf für den Handel mit dem Feind aus“, heißt es in der Meldung.

Die Aktivisten geben, laut der Meldung, der Regierung Zeit, „um ihre frühere Entscheidung über die Wiederaufnahme des Transits noch einmal zu bedenken, und sind ihrerseits zum Dialog bereit“.

„Die von uns zu Beginn der Transitblockade gestellten Forderungen haben sich nicht geändert, und das ukrainische Volk muss nicht mit dem Besatzer Geschäfte machen und ihn nähren. Wenn der Transit wiederhergestellt wird, werden unsere Handlungen entschlossen und schnell sein“, betonte man in der Aktivistenbewegung „Sitch“.

De.sputniknews.com: Militärs Russlands und der USA werden, wie der Nahost- und Afrika-Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten, Michail Bogdanow, sagte, gemeinsam jene Territorien auf Karten fixieren, wo bewaffnete Gruppierungen agieren, gegen die jedoch keine Kampfhandlungen mehr geführt werden.

„Bis zum Mittag des 26. Februars müssen alle in Syrien kämpfenden Seiten uns und den amerikanischen Partnern ihr Festhalten an der Waffenruhe bestätigen. Das russische und amerikanische Militär wird dann gemeinsam auf Karten jene Territorien fixieren, in denen solche Gruppierungen agieren. Gegen sie werden die Streitkräfte Syriens, die russische Luftwaffe und die von den US-geführte Koalition keine Kampfhandlungen führen“, sagte Bogdanow am Donnerstag auf der Konferenz „Naher Osten: Von der Gewalt zur Sicherheit“, die im Rahmen des Diskussionsklubs „Waldai“ stattfindet.

Der Nahost- und Afrika-Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten sagte ferner, „jetzt müssen alle Bemühungen auf die gewissenhafte Umsetzung der russisch-amerikanischen Initiative zur Einstellung der feindlichen Handlungen konzentriert werden, die wir gern sofort in einer entsprechenden Entscheidung des UN-Sicherheitsrates verankern wollen“...

De.sputniknews.com: Anführer der oppositionellen Freien Syrischen Armee sollen sich nach Medienberichten gegen eine Waffenruhe ausgesprochen haben, solange sich diese nicht auf die terroristische al-Nusra-Front erstreckt. Laut Russlands Vize-Außenminister Michail Bogdanow kann in diesem Fall mit den USA eine Luftoperation gegen diese Gruppen geführt werden.

„Ich denke, dass wir in diesem Fall mit den USA jeden bombardieren werden, der sich nicht an der Waffenruhe beteiligt. Das wird auch in unserer gemeinsamen Erklärung erläutert“, sagte Bogdanow.

Am Dienstag teilten mehrere arabische Medien mit, ein Teil der Brigaden der oppositionellen Freien Syrischen Armee habe erklärt, sie würden eine Waffenruhe in der Arabischen Republik Syrien nicht akzeptieren, wenn diese sich nicht auch auf die (in Russland verbotene) al-Nusra-Front erstrecke...

**Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:**

**Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)**

**Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt. Die ukrainischen Truppen haben 59 Mal das Territorium der Republik in der Folge von 33 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung beschossen.**

**Während der Beschüsse verwendete der Gegner Granatwerfer des Kalibers 120mm und 82mm – 43 Mal, Antipanzergrenatwerfer und Schusswaffen. Aus Peski, Showanka, Marjinka, Nowotroizkoje, Opytnoje, das Butowka-Bergwerk haben die ukrainischen Truppen die Ortschaften Sajzewo, Shabitschewo, Spartak, das Gebiet des Flughafens, das Volvo-Zentrum und den Petrowskij-Bezirk von Donezk beschossen. Die Befehle für die Beschüsse gaben die ukrainischen Verbrecher Shakun und Klotschkow von den Positionen der 14. und der 93. mechanisierten Brigade.**

**Nach Angaben des OSZE-Berichts wurde in den Lagerorten für ukrainische Waffen und Militärtechnik von den Beobachtern das Fehlen eines Mehrfachraketenwerfersystems „Uragan“ 220mm, von sieben Haubitzen MSTA-B 152mm, 34 Panzern, vier Granatwerfern,**

einem Antipanzergeschütz (D-44, 85mm) festgestellt. In dem Bericht wurde gesagt, dass an den Lagerorten für ukrainische Waffen und Militärtechnik zuvor nicht registrierte Waffen entdeckt wurden. Die OSZE-Beobachter stellen auch die Ankunft von sechs Einheiten Panzertechnik in Pawlopol fest, was von der geplanten Einnahme der Ortschaft in der Pufferzone durch die ukrainischen Truppen zeugt.

Bereits mehrfach haben wir Informationen über das Vorhandensein von nicht erfasster Technik in en Lagerorten erhalten, wie auch dieses Mal. Es entsteht der Eindruck, dass sich die militärisch-politische Führung der Ukraine einfach über die OSZE-Vertreter und die Minsker Vereinbarung lustig macht. Aus dem oben Gesagten kann der Schluss gezogen werden, dass die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination von der ukrainischen Seite ihre funktionalen Verpflichtungen nicht erfüllen, weiter die OSZE-Mission in die Irre führen und dabei helfen, Informationen über die Vorbereitung zum Beginn großangelegter Strafoperationen in Bezug auf Andersdenkende in der Ukraine zu verbergen. Es hat genug Tränen unserer Frauen und Mütter gegeben. Um unser Land zu verteidigen, werden wir unser gesamtes Arsenal verwenden müssen.

Sie werden über mehrere Generationen hinweg vom Volk der Ukraine verurteilt werden. Wenn Sie kein Bedauern für das Volk der Ukraine empfinden, denken Sie an Ihre Kinder.

De.sputniknews.com: Duma-Chef gibt Analyse an OSZE: Kiew blockiert Minsker Abkommen – Moskau enttäuscht

Russland zeigt sich enttäuscht darüber, dass Kiew die Minsker Vereinbarungen nicht erfüllt und immer noch die Arbeit der Ukraine-Kontaktgruppe im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (PV OSZE) blockiert, wie Duma-Chef Sergej Naryschkin bei einem Treffen mit dem Präsidenten der PV OSZE, Ilkka Kanerva, sagte.

„Bedauerlicherweise ist die Lage in der Ukraine weiterhin kompliziert. Obwohl die Waffenruhe im Allgemeinen eingehalten wird, sind jedoch weiter Spannungen zu beobachten. Wir sind darüber enttäuscht, dass das offizielle Kiew die Minsker Abkommen nicht erfüllt“, so Naryschkin.

Ihm zufolge sind zunächst eine Reihe von Gesetzen und Verfassungsänderungen, die eine Dezentralisierung der Macht in der Ukraine und einen Sonderstatus einzelner Orte der Gebiete Donezk und Lugansk absichern müssen, sowie die Gesetze zu Amnestie und Lokalwahlen noch nicht verabschiedet oder nicht in Kraft getreten. Naryschkin fügte hinzu, dass die Parlamente der Beobachterstaaten Russland, Deutschland und Frankreich diese Gesetze nicht annehmen könnten.

„Der einzige, der diese Gesetze verabschieden kann, ist das offizielle Kiew. Dieses macht das aber nicht“, betonte Naryschkin.

Ergebnisse seiner Arbeitsgruppe zur Analyse der ukrainischen Gesetzgebung werde er dem Präsidenten der PV OSZE Kanerva übermitteln.

„In der Staatsduma beschäftigt sich auf meine Initiative hin eine Arbeitsgruppe, die die Gesetzgebungsverfahren sowie die in der Ukraine im Rechtsbereich zu fassenden Beschlüsse analysiert. Wir führen ein ausführliches Monitoring durch. Und heute möchte ich Sie über die Ergebnisse dieser Arbeit in den vergangenen sechs Monaten informieren. Ich hoffe, dass dies für Sie von Nutzen sein wird“, sagte der Duma-Vorsitzende....

Ukrinform.ua: In der Ukraine sind 336 durch Labor bestätigte Todesfälle an der Grippe registriert, davon fünf Kinder unter 17 Jahren und zwei schwangere Frauen.

Darüber berichtet der Pressedienst des staatlichen sanitär-epidemiologischen Dienstes der Ukraine.

Die größte Zahl von Todesfällen wurde im Gebiet von Odessa registriert - 42, in Kiew - 38, in den Gebieten von Donezk - 29, von Tscherkassy - 22, von Lwiw - 20.

De.sputniknews.com: Russland unterstützt das Regime des syrischen Präsidenten Baschar Assad nicht, teilt jedoch dessen Ziele im Kampf gegen den Terrorismus, wie die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber der Zeitung „Argumenty i fakty“ sagte.

„Wir unterstützen das Regime Assads nicht, aber wir unterstützen ihn im Kampf gegen den Terrorismus ebenso wie die Opposition und die Kurden, die gegen den IS kämpfen“, so Sacharowa.

„Wir sprechen hier darüber, dass keine Waffen an Damaskus vorbei an illegale Formationen geliefert werden dürfen und dass es ganz falsch ist, das Regime von außen aufzulösen. Wir haben alles nur Mögliche getan, damit die USA keinen Schlag gegen Damaskus führen. Aber wir haben uns im Kampf zwischen Damaskus und der Opposition auf keine der beiden Seiten gestellt. Wir haben die Souveränität Syriens und das Völkerrecht verteidigt“, so die Sprecherin.

Versuche von außen, das Regime aufrechtzuerhalten oder zu stürzen, seien der Weg nach nirgendwo, betonte Sacharowa....

Dnr-nes.com: Die Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft und Ermittler, des Sicherheitsdienstes der Ukraine durchsuchten in Lwiw das Haus, in dem der Euromaidan-Aktivist Iwan Bubentschik lebt. Zuvor hatte er zugegeben, dass er als erster auf die Angehörigen der Spezialeinheit "Berkut" geschossen hatte. Dies wird von ukrainischen TV-Sender "TV Gromadska" berichtet.

Medienberichten zufolge trafen die Polizeibeamten den Aktivist nicht zu Hause an. Sie versuchten, Bubentschik zu kontaktieren, aber es gelang ihnen nicht...

De.sputniknews.com: Maidan-Doku startet in Kiew: Poroschenko fürchtet Reaktionen des Westens

Der Dokumentarfilm „Branzi“ („Gefangene“) über die Maidan-Ereignisse vom Februar 2014 läuft demnächst in der Ukraine an. Aus dem Film geht hervor, dass nicht die Sicherheitskräfte, sondern Maidan-Aktivisten selbst das Feuer eröffnet haben.

Dem Regisseur des Filmes zufolge, befürchtet man in der Präsidentialverwaltung von Petro Poroschenko, dass der Westen wegen dieses Filmes sein Verhältnis zu den Ereignissen ändern, Anti-Russland-Sanktionen aufheben und die Ukraine nicht mehr unterstützen könnte, so das Portal Nowoje Wremja.

In der ukrainischen Hauptstadt wurden am Samstag Gedenkaktionen anlässlich des zweiten Jahrestages der tragischen Ereignisse vom Februar 2014 durchgeführt. Damals waren bei blutigen Auseinandersetzungen zwischen Radikalen und Sicherheitskräften auf dem Maidan Nesaleschnosti (Unabhängigkeitsplatz) etwa 100 Menschen getötet worden. Sie werden heute als Helden der „Himmlichen Hundertschaften“ bezeichnet und als Opfer der Abrechnung mit Maidan-Aktivisten, die angeblich die damalige Regierung organisiert hatte, verehrt.

Doch jetzt behauptet der ehemalige Maidan-Teilnehmer Iwan Bubentschik, dass die ersten Opfer am frühen Morgen des 20. Februars gar nicht Maidan-Aktivisten, sondern Berkut-Offiziere gewesen waren. Er will persönlich mindestens zwei Offiziere in den Hinterkopf geschossen haben und mehrere am Bein getroffen.

„Ich habe aus dem Gebäude des Konservatoriums, aus dem vom Platz am weitesten entfernten Fenster hinter den Kolonnen, im dritten Stock geschossen. Von dort aus waren die Milizionäre sehr deutlich zu sehen. Sie standen nicht weit von mir entfernt, deswegen konnte ich zwei Kommandeure mit nur zwei Schüssen erschießen“, erzählt Bubentschik im Film.

„Ich schoss in den Hinterkopf. Es hat sich so ergeben, dass sie mit dem Rücken zu mir standen. Ich konnte nicht warten, bis sie sich wenden. Viele würden an dieser Stelle gerne hören, dass ich meine Maschinenpistole von den Kämpfern bei den Zusammenstößen am 18. Februar gestohlen habe. Das ist jedoch nicht wahr. Gegen Morgen am 20. Februar kam

ein Junge und brachte Kalaschnikow-Maschinenpistolen und 70 Patronen in einer Tennistasche mit“, so Bubentschik weiter.

Die Ermittlungen, die sofort nach den damaligen Ereignissen eingeleitet worden waren, konnten bis jetzt keine Erfolge aufweisen. Die offizielle Version, der zufolge Sicherheitskräfte als erste das Feuer eröffneten und Maidan-Aktivisten sich ausschließlich gewehrt haben sollen, bleibt bestehen.

Der Chef der Abteilung für Sonderermittlungen der Staatsanwaltschaft der Ukraine, Sergej Gorbatjuk, erklärte seinerseits, die Schuldbekennnisse des Mordes an Offizieren der Sicherheitskräfte könnten kein Grund für Verhaftung sein. Zudem würden diejenigen, die solche Schuldbekennnisse machen, nicht als Augenzeugen verhört werden wollen.

Der Regisseur des Filmes, Wladimir Tichij, behauptet seinerseits, dass viele gegen den Filmstart der „Gefangenen“ seien. „Es gibt Befürchtungen in der Präsidentialverwaltung von Petro Poroschenko, dass der Film negative Folgen haben wird – zwar nicht in der Ukraine selbst, aber außerhalb des Landes. Der Westen könne angeblich sein Verhältnis zu den Ereignissen revidieren, Sanktionen gegen Russland aufheben und uns (der Ukraine – d. Red.) nicht mehr helfen“, so Tichij gegenüber dem Portal Nowoje Wremja im Interview.

[Dnr-online.ru/Dan-news.info](http://Dnr-online.ru/Dan-news.info): Pressegespräch des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Kontrollen beim Überschreiten der Grenzen der Republik werden verschärft werden. Dies hat objektive Ursachen und bezieht sich in keiner Weise auf eine Filterung von Bürgern, die auf das Territorium der DVR fahren, wie dies ukrainische Massenmedien sagen.

„Wir stellen fest, dass alle Falschmeldungen in ukrainischen Massenmedien mittwochs stattfinden. Dass bei uns alle Pferde grau sein müssen, gefälschte Erlasse über Filtermaßnahmen gegen Bürger bei der Überschreitung der Grenzen der Republik. Die nächste Falschmeldung wird wohl auch an einem Mittwoch kommen.

Ich sage offen – wir müssen auf jeden Fall die Kontrolle beim Überschreiten der Grenzen der DVR verschärfen, um das Auftauchen von Divisionsgruppen, von Spionen des Gegners auf unserem Territorium zu verhindern“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Alexandr Sachartschenko widersprach einer Information der ukrainischen Seite über den Verlust einer Höhe bei Sajzewo durch die Kräfte der DVR.

„Die ukrainischen Truppen erklären dauernd, dass sie irgendetwas einnehmen. Die Kontaktlinie beträgt dort an einigen Orten nur 15-20 Meter. Das Dorf Sajzewo befindet sich einfach in einer Niederung, was soll da für eine Höhe sein? Sie haben jene Höhe behalten, wir haben unsere Höhe. Wir schauen von zwei Höhen aufeinander. Sie sollen sich erstmal eine Karte ansehen“, sagte er.

Zuvor hatte heute das Pressezentrum der sogenannten ATO erklärt, dass gestern die Kräfte der DVR angeblich ukrainische Positionen bei Sajzewo angegriffen hätten, dabei sei es im Verlauf des Gegenangriffs der ukrainischen Streitkräfte gelungen, eine der Höhen in diesem Bezirk einzunehmen, die zuvor von den Soldaten der Republik kontrolliert wurde.

Die Straflosigkeit für das Erschießen von Mitarbeitern der Polizei auf dem „Maidan“ im Februar 2014 hat die Ukraine in einen Banditenstaat verwandelt.

„Wenn ein Kämpfer vom Maidan aus seiner Internetseite erzählt, wie er einen Mitarbeiter von „Berkut“ und einen Mitarbeiter des Innenministeriums erschossen hat und in der Ukraine wird er dafür nicht festgenommen, welcher von uns ist dann ein Banditenstaat? Nicht einmal einen Prozess gibt es. Anscheinend bekommen alle Banditen dort eine Amnestie“, sagte er. Heute ist in der Ukraine der Dokumentarfilm „Branzi“ („Gefangene“) herausgekommen, in ihm ist ein Interview mit dem Teilnehmer des „Euromaidans“ Iwan Bubentschik, in dem er zugibt, dass er als erster das Feuer auf Soldaten der Spezialabteilung „Berkut“ am 20. Februar 2014 in Kiew eröffnet hat. Wie Iwan Bubentschik dem Filmer selbst erzählt, war der erste Ermordete noch am Morgen des 20. Februar nicht ein Verteidiger des Maidan, sondern ein Soldat von „Berkut“. Er ist habe mit einem Maschinenwehr mindestens zwei Offiziere in den Hinterkopf geschossen und einige weitere an den Beinen verletzt.

Zuvor hatte der Leiter der speziellen Ermittlungsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft der

Ukraine Sergej Gorbatsjuk erklärt, dass das Geständnis an Morden an Soldaten kein Grund für eine Festnahme sei und diese Personen auch nicht als Zeugen vorgeladen werden. „Gemäß einer Entscheidung der Obersten Rada fallen alle Personen, die an irgendwelchen Vergehen gegen Rechtsschützer (auf dem Maidan) teilgenommen haben, unter eine Amnestie“, erklärte Gorbatsjuk. „Die Ermittlungen gegen sie müssen eingestellt werden. Sie können nicht festgenommen werden und dürfen nicht beschuldigt werden“.

De.sputniknews.com: Russische Musik ein Verbrechen“: Restaurants in Ukraine kommen auf schwarze Liste

Wenn Denunziation zum Lebensstil wird: Aktivisten der sogenannten „Ukrainischen Galizischen Partei“ haben in der westukrainischen Stadt Lwiw eine „Schwarze Google-Karte“ für Cafés und Restaurants erstellt. Nun darf jeder Facebook-Nutzer eine Art Anzeige gegen diejenigen Lokale erstellen, wo russischsprachige Musik erklingt.

„Wir sind der Meinung, dass das Anhören russischer Musik in öffentlichen Einrichtungen ein Verbrechen ist. Besonders auf dem Territorium von Galizien, wo die meisten Einwohner ukrainisch-sprachig sind. Seid bitte so lieb und teilt in den Kommentaren mit, wo ihr in letzter Zeit russische Musik gehört habt“, heißt es auf der Facebook-Seite der Aktivisten.

Auf der „Schwarzen Karte“ sind bereits 15 Lokale sowie elf Supermärkte verzeichnet, Dutzende User hinterließen in den Kommentaren zu der Facebook-Nachricht Adressen von verschiedenen Orten, wo sie russische Musik gehört haben.

Laut dem Vorsitzen des politischen Rates der „Ukrainischen Galizischen Partei“, Orest Drul, ist diese Initiative dafür gedacht, dass die „Anzahl“ der russischen Musik reduziert wird, da sie „die Aura von Lwiw“ zerstöre, dessen Besonderheit stets die ukrainische Sprache gewesen sei.

Dabei werde nicht nur die Pop-Musik von russischsprachigen Kompositionen dominiert:

„Wenn man sich das Repertoire von akademischen Institutionen anschaut, so gibt es auch dort einen sehr hohen Anteil an russischer Musik“, betonte Drul.

„Das Argument der Mehrheit ist kein Argument für das Vertreiben einer Sprache. Was würdet ihr sagen, wenn zum Beispiel ungarische Dörfer die ukrainische Sprache verbieten würden, da die Mehrheit ungarisch-sprachig ist? Eure Initiative ist noch schlimmer als russische Pop-Musik. Ich weiß nicht, wie ich jetzt antworten soll, wenn mir ein Deutscher erneut sagt, dass der Maidan die russische Sprache verbieten wollte“, schrieb der User Steve Nauke.

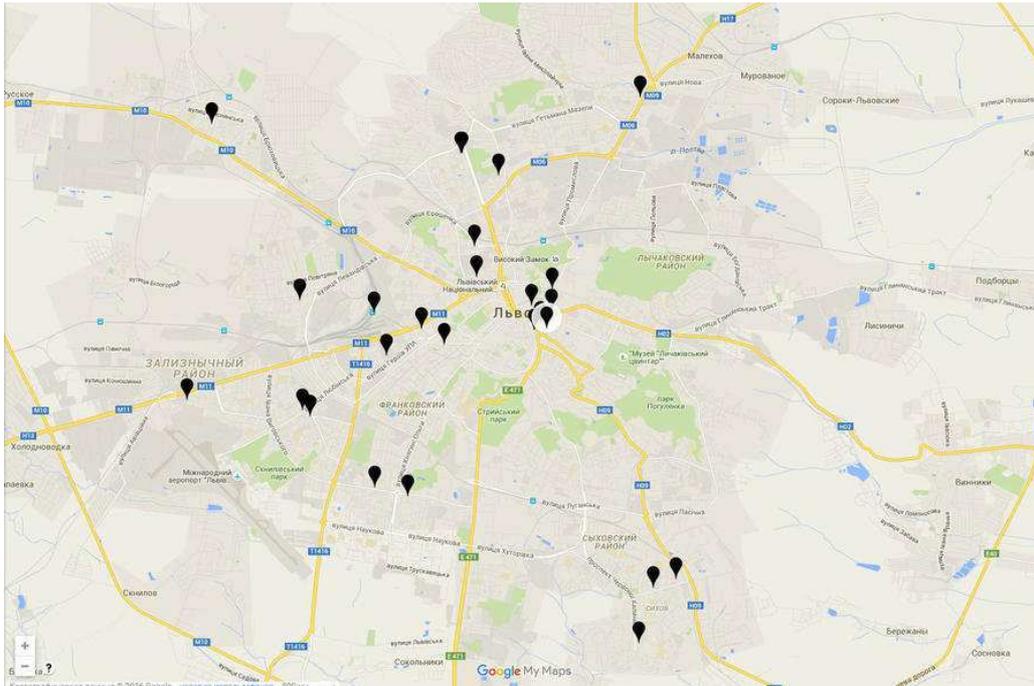
In der Ukraine wurde bereits ein Verbot gegen russische Filme verhängt. Laut der zentralen Behörde für Filmwesen, Goskino, erhielten 400 russische Filme und Fernsehserien seit August 2014 eine Absage für die Ausstellung von Filmverleih-Bescheinigungen, oder diese wurden zurückgenommen.

Zuvor hatte die Regierung in Kiew mit einem kulturpolitisch umstrittenen Gesetz alle Filme mit positiver Darstellung russischer und sowjetischer Staatsorgane verboten. Betroffen sind, unabhängig vom Herkunftsland, alle Streifen, die nach dem 1. August 1991 produziert wurden, sowie alle russischen Filme und Fernsehserien, die nach 2014 gedreht wurden.

Russische Regisseure hatten die Entscheidung der ukrainischen Regierung als Bestrafung für die Ukrainer selber bezeichnet. Ihnen zufolge solle Russland jedoch keine Gegenmaßnahmen treffen.

Im August des vergangenen Jahres hatte das ukrainische Staatskomitee für Fernsehen und Rundfunk eine Liste von in Russland herausgegebenen Büchern veröffentlicht, deren Einfuhr in die Ukraine verboten ist.

(Screenshot der Karte)



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30809/16/308091643.jpg>

Lug-info.com: Mehr als 10.000 Einwohner der Republik haben schon Pässe der LVR erhalten. Darüber informierte heute der Leiter des Migrationsdienstes des Innenministeriums der LVR Pawel Suchin.

„Derzeit sind mehr als 10.000 Pässe der LVR ausgegeben worden“, sagte er. Er erinnerte daran, dass die Ausgabe von Pässen der LVR eine „erzwungene Maßnahme war“, die durch die Blockade von Seiten der Ukraine hervorgerufen wurde.

De.sputniknews.com: Ukraine überprüft Arbeitsvisum russischer Journalisten

Um die erteilten Arbeitsvisa für Journalisten aus Russland überprüfen zu lassen, hat der Vorsitzende des ukrainischen Nationalrats für Fernsehen und Radio, Jurij Artemenko, die Zuständigen beauftragt, sich an das Innen- und das Außenministerium zu wenden.

„Ich habe in Auftrag gegeben, sich an das Innen- und das Außenministerium mit der Bitte zu wenden, die Arbeitsvisa von Journalisten aus Russland hinsichtlich ihrer Arbeitsaufgaben auf dem ukrainischen Territorium zu überprüfen, insbesondere von denen, die nach dem Kriegsbeginn im Donbass gekommen sind“, schrieb Artemenko in seinem Facebook-Profil.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30108/51/301085105.jpg>

Lug-info.com: Der durchschnittliche Arbeitslohn in Lugansk ist im Jahr 2015 um 37% gestiegen und beträgt mehr als 7000 Rubel. Ende 2015 waren es 7051 Rubel. Dies erklärte heute der Leiter der Wirtschaftsabteilung der Stadtverwaltung Alexandr Golosow.

„Dies sind 12% mehr als im Vorkriegsjahr 2013“, sagte er.

„Im letzten Jahr ist der mittlere Arbeitslohn in Lugansk um 1893 Rubel oder um 37% gestiegen. Am 1. Januar 2015 betrug der durchschnittliche Arbeitslohn 5158 Rubel“, teilte Golosow mit.

Zuvor hatte er mitgeteilt, dass mehr als 60% der großen Industrieunternehmen, die bis zum Beginn der aktiven Kämpfen in Lugansk tätig waren, ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben, dabei beträgt die Zahl der fest Angestellten bei diesen Unternehmen in Lugansk etwa 68.000.

## **Abends:**

De.sputniknews.com: Polnische Nationale Bewegung schlägt Mauer an der Grenze zur Ukraine vor

Die polnische rechtsextreme Nationale Bewegung (Ruch Narodowy/RN) hat vorgeschlagen, eine Mauer an der Grenze zur Ukraine zu bauen. Wie polnische Medien am Donnerstag berichteten, soll mit diesem Schritt die illegale Migration verhindert werden.

„Die polnisch-ukrainische Grenze dürfte im Frühjahr zu einem Kanal für das Einschleusen illegaler Migranten werden“, erklärte RN-Mitglied Sylwester Chruszcz. „Polen sollte sich darauf gefasst machen, diesem Flüchtlingsstrom mit einer Mauer Einhalt zu gebieten.“

Chruszcz zufolge wird das Projekt rund 225 Millionen Zloty (60 Millionen US-Dollar) kosten.

„Wenn die Regierung diese Initiative nicht unterstützt, wird sie sich für die menschliche Tragödie verantworten müssen, denn Polen wird von einer Flüchtlingswelle überflutet“, sagte der Politiker.

Die Ukraine selbst, die sich als Vorposten der europäischen Demokratie hinstellt, baut derzeit eine Schutzmauer an der Grenze zu Russland.

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben den frontnahen Kujbyschewskij-Bezirk im Norden von Donezk beschossen. Dies teilte der Leiter des Bezirks Iwan Prichodko mit. „Um 16:45 gab es drei Treffer von Geschossen – auf der Stratonawtow-Straße und im Gebiet des Iwerskij-Friedhofs“, sagte er. Der Leiter der Bezirksverwaltung fügte hinzu, dass das Feuer unter Anwendung von Granatwerfern des Kalibers 82mm erfolgte.

De.sputniknews.com: Moskau: Waffenruhe in Syrien auch mit Rücksicht auf Türkei vereinbart Die Entscheidungen über eine Waffenruhe in Syrien wurden laut der Sprecherin des russischen Außenamts, Maria Sacharowa, auch unter Berücksichtigung der Haltung Ankaras sowie der türkischen Interessen vereinbart. Nun müssten die Verpflichtungen umgesetzt werden.

„Ich möchte die türkische Seite daran erinnern, dass die getroffenen Entscheidungen unter anderem auch mit Achtung der türkischen Haltung und unter Berücksichtigung der türkischen Stimme im Rahmen der Internationalen Unterstützungsgruppe für Syrien getroffen wurden. Es ist absolut unhöflich zuerst im Laufe der gemeinsamen Verhandlungen, wenn alle Landesvertreter an diesen teilnehmen, das gemeinsame Dokument zu unterschreiben, und anschließend, sobald man den Raum verlassen hat, davon zu sprechen, dass man sich irgendein Recht offen lässt. Über gewisse Rechte und Vorbehalte sollte man am gemeinsamen Verhandlungstisch reden. Wenn etwas vereinbart wurde, muss man das auch umsetzen“, sagte Sacharowa bei einem Briefing am Donnerstag.

Zuvor hatte der türkische Premierminister Ahmet Davutoglu vor Journalisten gesagt, dass eine Waffenruhe in Syrien für Ankara nicht verpflichtend sei, wenn eine Gefahr für die Sicherheit der Türkei entstehe.